



Peking (ADN).
Die Lage in Pe-
king hat sich weit
normalisiert. Das
sentliche Leben
lief ...

China 1989

und die Reaktionen in der DDR

Herausgegeben von der Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.

Amthordurchgang 9
07545 Gera

Telefon: 0365 5527630
Telefax: 0365 5527639
E-Mail: info@torhaus-gera.de
Home: www.torhaus-gera.de

Die verwendeten Auszüge wurden der neuen Rechtschreibung angepasst und redaktionell bearbeitet.

Autor: Jörg Gerisch
Redaktion: Kathrin Zimmer, Julia Batz
Layout: Kevin Pließ
Titelbild: Privatarchiv Michael Kleim
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH

Die Projekte des Vereins werden gefördert vom:



Thüringer Ministerium
für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Gera 2014

China 1989

Ausgangspunkt für die Ereignisse im Jahr 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tiananmen) war der Tod des ehemaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas und liberalen Reformers Hu Yaobang am 15. April. Mit seiner Absetzung im Jahr 1987 war der bis dahin vorsichtig eingeleitete Reformkurs rigoros beendet worden und hatte so zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas geführt. Bereits am 17. April fand auf dem Platz des Himmlischen Friedens eine erste, inoffizielle Trauerkundgebung von mehreren tausend Studenten statt. Zu den offiziellen Trauerfeierlichkeiten am 22. April fanden sich an die 200.000 Menschen auf dem Tiananmen ein, unter ihnen wiederum eine große Anzahl Studenten, die den Platz bereits seit Mitternacht besetzt hielten. An den Universitäten der Hauptstadt waren in der Zwischenzeit ein unabhängiger Studentenverband gegründet sowie Streiks vorbereitet worden. Am 24. April begannen 100.000 Studenten mit einem Boykott ihrer Vorlesungen und aller anderen Hochschulveranstaltungen.

Anlässlich des 70. Jahrestages der 4. Mai-Bewegung (die Volksbewegung für die Souveränität Chinas von 1919 hatte ebenfalls mit Studentenunruhen begonnen, die blutig niedergeschlagen wurden) zog es wiederum mehrere hunderttausend Menschen auf den Tiananmen. Ab dem 13. Mai begann die dauerhafte Besetzung des Platzes durch Studentengruppen, zirka 400 von ihnen traten zunächst in einen Hungerstreik. Während des Besuches von Michail Gorbatschow in Peking am 15. und 16. Mai, der ebenso wie in Osteuropa bei großen Teilen der chinesischen Bevölkerung als Hoffnungsträger angesehen wurde, fanden sich bis zu einer Million Menschen auf dem Platz des Himmlischen Friedens ein. Von diesem Zeitpunkt an demonstrierten hier täglich immer größere Menschengruppen, auf dem Platz entstand eine ständig wachsende, selbstverwaltete Zeltstadt und schließlich traten an die 3.000 Studenten in einen unbefristeten öffentlichen Hungerstreik. Parallel zur Studentenbewegung hatten sich auch

Gruppen von Arbeitern den Protesten angeschlossen. Sie besetzten Betriebe, gründeten eine unabhängige Gewerkschaft und errichteten ebenfalls eine kleine Zeltstadt auf dem Tiananmen.

Inzwischen strömten immer mehr junge Menschen, Studenten und Arbeiter aus ganz China in die Hauptstadt, um sich an den Protesten zu beteiligen. Gleichzeitig kam es auch in anderen Landesteilen, besonders in den größeren Städten wie Shanghai, Nanjing und Wuhan, ebenfalls zu Demonstrationen und Protestkundgebungen. Die Forderungen der Demonstranten waren zum Teil allgemein gehalten, wie das Verlangen nach mehr Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption, Amtsmissbrauch und Inflation, aber auch ganz konkret, wie die nach der Absetzung von Ministerpräsident Li Peng.

Die Partei- und Staatsführung Chinas hatte sich in eine reformbereite und gesprächswillige Gruppe um den Generalsekretär der KP Zhao Ziyang und in eine Gruppe von Hardlinern um Li Peng und Deng Xiaoping geteilt, unter denen in dieser sich zuspitzenden Situation ein erbitterter Machtkampf entbrannte. Am 20. Mai wurde der Ausnahmezustand über den Tiananmen und weitere Gebiete der Hauptstadt verhängt, das bereits um Peking zusammengezogene Militär begann in die Stadt vorzudringen. Die Hardliner hatten sich durchgesetzt. Die Pekinger Bürger stellten sich dem Vormarsch des Militärs entgegen, blockierten Straßen, bauten Barrikaden und hatten damit auch eine Zeit lang Erfolg.

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 ordnete die Regierung jedoch die gewaltsame Räumung des Platzes durch die Chinesische Volksbefreiungsarmee an. Bereits auf dem Weg dahin kam es zu einer Eskalation der Gewalt, das Militär begann mit scharfer Munition in die Menschenmenge zu schießen, die Pekinger Bürger wehrten sich zum Teil mit den bloßen Händen. Auf beiden Seiten gab es die ersten Toten.

Den Platz des Himmlischen Friedens hatten bis dahin schon die meisten der Studenten verlassen, die letzten verbliebenen 5.000 zogen nach Verhandlungen mit dem Militär bis zum Morgen ab.



Studentenproteste im Frühjahr 1989 auf dem Platz des himmlischen Friedens

Auf dem Tiananmen selbst kam es, entgegen ersten Meldungen, zu keinen Todesfällen. Im Rest der Stadt aber setzten sich die gewalttätigen Konfrontationen fort. Die tatsächlichen Opferzahlen sind bis heute unbekannt. Presseberichte, die sich auf Quellen des chinesischen Roten Kreuz berufen, kamen auf die Angabe von 2.600 Toten auf Seiten der Aufständischen und des Militärs und rund 7.000 Verletzten im Laufe der Woche und in ganz Peking.

An die Niederschlagung der Proteste schloss sich eine Welle der Repressionen seitens der Staatsführung an. Am 13. Juni wurde eine Liste mit den 21 meistgesuchten Aktivisten der Studentenbewegung veröffentlicht. Weiterhin wurden Arbeiter, die sich an den Protesten beteiligt hatten, wie auch kritische Intellektuelle verhaftet und in wenig rechtsstaatlichen Prozessen zu langen Haftstrafen oder zur Todesstrafe

verurteilt. Im Zusammenhang mit dem Tiananmen-Massaker wurden 49 Hinrichtungen öffentlich bekannt gegeben. Diese betrafen vorwiegend Arbeiter und Intellektuelle. Den Studenten, die während der Proteste von den chinesischen Behörden als Teilnehmer registriert wurden, verwehrte man in der Folgezeit eine Arbeitsaufnahme. Als ein erwünschter Nebeneffekt verschwand auch die sogenannte „bürgerliche“ Literatur aus allen Buchhandlungen des Landes.

Innerhalb der politischen Führung wurde KP-Generalsekretär Zhao Ziyang (1919–2005) für das Vorgefallene verantwortlich gemacht, seiner Ämter enthoben und bis an sein Lebensende unter Hausarrest gestellt. Von dieser blutigen Niederschlagung sollte sich die Demokratie- und Studentenbewegung in der Volksrepublik China über Jahrzehnte nicht erholen. Die Niederschlagung der Proteste schadete dem weltöffentlichen Ansehen der Regierung Chinas. Als Reaktion auf die Stimmung der Weltöffentlichkeit wurde von der EU und den USA ein Waffenembargo gegen die Volksrepublik China verhängt, das weiterhin (Stand 2014) in Kraft ist. Dennoch normalisierten sich die internationalen Wirtschaftskontakte innerhalb von ein bis zwei Jahren.

Im September 1989 schlossen sich einige Angehörige von Opfern des Massakers zu einer Interessenvertretung zusammen. Die Gruppe verlangte von der chinesischen Regierung eine Änderung der offiziellen Position zu den Geschehnissen und versuchte, die chinesische Öffentlichkeit mit unabhängigen Informationen zu versorgen. Anfangs forderten sie noch die Beendigung der Verfolgung und das Recht der Angehörigen, öffentlich um ihre Opfer trauern zu dürfen. Seit 1995 geht es nicht mehr nur um eine öffentliche Untersuchung, sondern zusätzlich um die Entschädigung der Hinterbliebenen und die Bestrafung der Verantwortlichen. Seit 1999 liegt der Schwerpunkt der Forderungen auf einem Dialog mit der Regierung, der jedoch bisher abgelehnt wurde. In Hongkong findet jedes Jahr eine Gedenkveranstaltung statt, über die in den Medien der Volksrepublik China allerdings nicht berichtet wird.

Reaktionen der Regierung und der Medien in der DDR

„Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee haben in der vergangenen Nacht den Tiananmen-Platz in Peking geräumt, teilt das chinesische Fernsehen mit, weil Konterrevolutionäre den Sturz der sozialistischen Ordnung beabsichtigt haben.“

DDR-Fernsehen „Aktuelle Kamera“ vom 04.06.1989

„Volksbefreiungsarmee Chinas schlug konterrevolutionären Aufruhr nieder.“

Zeitung „Neues Deutschland“ vom 05.06.1989

„In der Nacht vom 3. zum 4. Juni begann eine extreme Minderheit konterrevolutionärer Elemente im Herzen Pekings, auf dem Tian An Men, Platz des Himmlischen Friedens, einen brutalen und gefährlichen Aufruhr zu entfachen, der die ganze Volksrepublik China in eine kritische Lage brachte.“

Zeitung „Junge Welt“ vom 05.06.1989

Die DDR bekundete durch ihre Partei- und Staatsführung als einer der wenigen Staaten weltweit umgehend ihre Solidarität mit der chinesischen Führung und den getroffenen Maßnahmen, und verteidigte vor allem auch das gewaltsame Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung, was als ein ganz klares Warnsignal an die Oppositionsbewegung im eigenen Land verstanden werden sollte. Bei vielen DDR-Bürgern löste dies natürlich die Befürchtung aus, dass auch hier in bestimmten Situationen eine „chinesische Lösung“ möglich sein könnte.

EINGANG		TELEGRAMM	Vorbildliche Verschlusssache
		(Nichtzufindendes streichen)	
Dringlichkeit	GKS GVS VVS	VVS-0028	
Absender: BV Gera, Leiter		BWIS Grc-Nr.: 146189	
Empfänger: Leiter der SE		22. Ausf. Bl./S. 2 bl. 2	
Gera, den 10. 6. 1979			
<p>Die verstärkte Verleumdungskampagne westlicher Massenmedien im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen in der VR China, insbesondere den entschiedenen Maßnahmen zur Niederschlagung des konterrevolutionären Auftritts in Peking haben zum Ansteigen provokatorisch-demonstrativer Handlungen feindlich-negativer Kräfte gegen die Maßnahmen der chinesischen Partei- und Staatsführung sowie gegen Einrichtungen und Bürger der VR China in der DDR geführt. Insbesondere kam es zu provokatorischen Personenansammlungen, zur Verbreitung von Aufrufen und hetzerischer Schriften sowie zu anonymen Telefonanrufen mit der Ankündigung von Provokationen. Unter Beachtung der weiteren Entwicklung der politischen Lage in der VR China ist deshalb gegenwärtig erhöhte Wachsamkeit geboten.</p> <p>Die Leiter der zuständigen Struktureinheiten haben zu gewährleisten, daß</p> <ul style="list-style-type: none"> - alle Hinweise auf derartige feindlich-negative Aktivitäten und deren Organisatoren unverzüglich überprüft und geklärt werden, - jegliche provokatorisch-demonstrative Handlungen gegen die VR China, insbesondere ihre Botschaft in der DDR, deren bevorrechtetes Personal, andere offizielle Vertretungen und deren Angehörige sowie alle anderen in der DDR aufhältigen Bürger der VR China rechtzeitig vorbeugend verhindert bzw. wirksam unterbunden werden, - vor allem jede Form der Weiterverbreitung von Aufrufen zu solchen Aktionen sowie von Hetzschriften gegen die Politik der VR China durch geeignete Maßnahmen verhindert werden, - Personen, die beabsichtigen, solche Aktivitäten durchzuführen, mit geeigneten Mitteln am Aufsuchen der Hauptstadt der DDR gehindert werden, - die jeweiligen zuständigen Stellen gemäß den Festlegungen in meinem Schreiben vom 9. 6. 1979, VVS 44/89, über Teilnahme an solchen Aktivitäten, ihre Verhaltensweisen sowie gegen sie eingeleitete Maßnahmen informiert werden, - alle Hinweise auf geplante derartige Aktivitäten sowie über eingeleitete politisch-operative Maßnahmen zu deren Vorbeugenden Verhinderung unverzüglich den zuständigen Dienststellen übermittelt werden. Informationen über operativ besonders bedeutsame derartige Aktivitäten sind mir sofort zu übermitteln. <p>Sofortmeldungen über Bekanntwerden von Aktivitäten an den OGH der BV, bei besonders bedeutsamen Vorkommnissen, Handlungen und Erscheinungen ist der Leiter der BV oder sein 1. Stellvertreter Operativ, Gen. Oberst Seidel, sofort zu informieren.</p> <p style="text-align: right;"><i>Dangriß</i> Dangriß Generalmajor</p>			

Schon im Vorfeld war die Berichterstattung vom Platz des Himmlischen Friedens geprägt von Ablehnung und Verurteilung der Proteste. Dies zeigte sich auch in der kommentar- und kritiklosen Übernahme der offiziellen chinesischen Statements und deren Veröffentlichung in den DDR-Medien, so in der Ausstrahlung einer Dokumentation des chinesischen Fernsehens „Der konterrevolutionäre Aufruhr in Peking“ am 24. und nochmals am 28. Juni im 1. Programm des Fernsehens der DDR. Im „Schwarzen Kanal“ vom 12. Juni polemisierte dafür Karl-Eduard von Schnitzler in gewohnter Weise gegen die Darstellung der Ereignisse in den westlichen Medien.

Brief des Generalstabs, der Politischen Hauptverwaltung und der Verwaltung Rückwärtige Dienste an die mit der Durchsetzung des Ausnahmezustandes beauftragten Truppen

Peking (ADN). Der Generalstab, die Politische Hauptverwaltung und die Verwaltung Rückwärtige Dienste haben den mit der Durchsetzung des Ausnahmezustandes in Peking beauftragten Truppen für ihren Einsatz gedankt und sie als aufrichtige Kämpfer für die Verteidigung der von den revolutionären Vorkämpfern geschaffenen Volksrepublik würdigt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Liebe Genossen Offiziere und Soldaten der Volksbefreiungsarmee zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes, der Sicherheitsorgane und der bewaffneten Polizei:

Ihr habt es schwer. Laßt Euch zuerst im Namen der ganzen Armee zu dem großen Sieg im Kampf um die Niederschlagung des in Peking ausgebrochenen konterrevolutionären Aufruhrs, zur Wiederherstellung des würdigen Anstandes des Tiananmen-Platzes und der normalen Ordnung in der Hauptstadt gratulieren. Ihr habt für die Verteidigung der Hauptstadt unseres großen Vaterlandes unauslöschliches historisches Verdienst erworben. Die Partei dankt Euch, das ganze Volk dankt Euch.

Seit einigen Tagen hätte sich die Lage in der Hauptstadt zurecht verschlechtert. Die von einer extremen Minderheit mit feindseligen Absichten geschaffenen Unruhen sind zu einem ersten konterrevolutionären Aufruhr geworden. Diese Minderheit hat den Verkehr unterbrochen, sie hat Häuser angesteckt, Armeefahrzeuge in Brand gesetzt, Waffen geraubt, Offiziere und Soldaten entführt, sie geschlagen und getötet. Die gegen die Partei und den Sozialismus gerichtete Stimmung war äußerst gespannt. In diesem historischen Augenblick habt Ihr zum Schutz des Lebens und Gutes der Einwohner der Hauptstadt, zum Schutz der Partei und der sozialistischen Ordnung entschlossen den Befehl der Zentralen Militärkommission ausgeführt und die heilige Aufgabe ent-

schieden erfüllt. Bei Eurem Vorgehen seid Ihr von den Aufzählern wild beschimpft, unmenschlich geschlagen und widerrechtlich entführt worden. Im Bewußtsein der schweren Aufgabe, die Euch Partei und Volk übertragen hat, habt Ihr entschlossene Maßnahmen ergriffen und den Schlag gegen die Gruppe der konterrevolutionären Auführer geführt, heldenhaft und ohne Angst vor Mühen und Schwierigkeiten, ohne Euch vor Blutvergießen und Opfern zu fürchten. Dabei habt Ihr Euch auf Massen der Pekingler Bürger, auf Jugendliche und Studenten gestützt.

Ihr habt mit Eurer aufrechten Haltung und Eurem Blut dem Tiananmen-Platz sein würdiges Anlicht wiedergegeben, die Hauptstadt, die von den revolutionären Vorkämpfern geschaffene Volksrepublik, die Früchte der zehnjährigen Reform verteidigt. Ihr seid eine der Partei und des Volkes würdige große Armee, seid würdige und aufrichtige Kämpfer für die Verteidigung des Aufbaus der sozialistischen Modernisierung, würdige, starke Säulen der volkdemokratischen Diktatur. Wir übermitteln allen Offizieren und Soldaten, die in diesem Kampf einen hervorragenden Beitrag geleistet haben, unsere herzlichsten Wünsche. Wir drücken unsere hohe Wertschätzung für die Verwandten aus. Unsere Trauer für jene, die ihr Leben gegeben haben, ist tiefempfunden.

Genossen, dieser Kampf ist langwierig und schwierig. Die Einnahme der Punkte, die Wiederherstellung der Ordnung auf dem Tiananmen-Platz ist nur ein erster Sieg, die nächsten Aufgaben sind erheblich schwieriger. Wir hoffen, daß Ihr noch tiefergründiger die wichtigen Reden der führenden Genossen des ZK und den Befehl des Staatsrates über die Verhängung des Ausnahmezustandes studiert. Euch den Charakter und die Bedeutung dieses Kampfes weiter verdeutlicht und den Kampf zur Niederschlagung des konterrevolutionären Aufruhrs und zur Been-

digung des gesellschaftlichen Chaos entschlossen weiter führt.

Wir hoffen, daß Ihr hohe politische Wachsamkeit bewahrt, nicht von Euren Posten weicht. Eure Pflicht zuverlässig erfüllt, zu jeder Zeit bereit seid, erneute Gegenangriffe einer extremen Minderheit von Unruhestiftern zurückzuschlagen und die Ergebnisse des erlangenen Sieges zu festigen. Wir hoffen, daß Ihr die Bewegung „Heiße Liebe zur Hauptstadt, heiße Liebe zu den Bürgern der Hauptstadt, heiße Liebe zur Jugend und den Studenten“ weiterentwickelt, daß Ihr die große Masse des Volkes und die Jugend und Studenten fest zusammenschließt, die kleine Handvoll Unruhestifter weitestgehend isoliert und zerschlägt. Wir hoffen, daß Ihr Eure Organisation und Disziplin verstärkt, die Befehle strikt ausführt, dem Oberkommando Folge leistet, die drei großen Disziplinen und die „acht Punkte, die zu beachten sind“ akzeptiert, die Grünflächen und Wälder der Hauptstadt schützt, daß Ihr der Hauptstadt und dem Volk des ganzen Landes durch eiserne Ordnung und strenge militärische Disziplin das geistige Anlicht unserer disziplinierten und zivilisierten Armee zeigt. Wir hoffen, daß Ihr auch weiterhin den revolutionären Geist schwerer Entbehrungen, der Furchtlosigkeit vor Schwierigkeiten und des unaufhörlichen Vorwärtstretens entwickelt, eine hohe Kampfmoral bewahrt und die Euch von Partei und Volk übertragene ehrenvolle Aufgabe umfassend erfüllt. Groß den Kämpfern, Groß den großen Kämpfern des Volkes, die in heiliger Verantwortung und heldenhaftem Kampf die Verfassung schützen. Groß den heldenhaften Kämpfern des Volkes, die unermüdet das Vaterland, das Volk und die friedliche Arbeit verteidigen.

Generalstab, Politische Hauptverwaltung und Verwaltung Rückwärtige Dienste der Chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Es kam zu einer offiziellen Erklärung der Volkskammer der DDR am 8. Juni 1989:

„Die Abgeordneten der Volkskammer stellen fest, dass in der gegenwärtigen Lage die von der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert worden ist. Infolgedessen sah sich die die Volksmacht gezwungen, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen. Dabei sind bedauerlicherweise zahlreiche Verletzte und auch Tote zu beklagen. Die Volkskammer der DDR betrachtet die Vorgänge in Peking ausschließlich als innere Angelegenheit der Volksrepublik China und wendet sich gegen jegliche ausländische Einmischung. Die Abgeordneten der obersten Volksvertretung der DDR bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China, eng verbunden mit dem Volk, die Schritte unternimmt, die die Klärung der Probleme und dem weiteren Voranschreiten des chinesischen Brudervolkes auf dem vor 40 Jahren frei gewählten Weg des Sozialismus dienen.“¹

Auch Egon Krenz, der gerade bei einem Staatsbesuch im Saarland weilte, gab eine Erklärung zu den Ereignissen in China ab:

„[...]Bei der Beurteilung der Ereignisse in der Volksrepublik China kann man nicht von den Horrordarstellungen der BRD-Medien ausgehen. Man muss sich auf die wirklichen Ereignisse und die Erklärung der chinesischen Partei- und Staatsführung stützen. In diesen wird klar und deutlich festgestellt, dass die friedlichen Demonstrationen der Studenten zu einem konterrevolutionären Umsturz in der Volksrepublik China ausgenutzt werden sollte. Sie werden verstehen, dass wir uns bei der Beurteilung der Ereignisse objektiv an die amtlichen Mitteilungen halten und uns nicht an Meldungen orientieren, die auf Gerüchten, Verfälschungen und Vermutungen beruhen.“²

Auch in der Folgezeit nahmen die Solidaritätsbekundungen nicht ab, sondern wurden durch eine Reihe von Freundschaftsbesuchen und Politikertreffen noch verstärkt. So traf sich am 12. Juni der Außenminister der DDR Oskar Fischer in Ostberlin mit seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen. Anfang Juli reiste eine SED-Delegation unter der Leitung von Hans Modrow nach Peking, wo sie vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Xueqian empfangen wurde.

Generalsekretär des ZK der KP Chinas würdigt solidarische Haltung der SED und der DDR

In einer Zeit der Prüfung erkennt man wahre Freunde

**Jiang Zemin empfing Günter Schabowski zu Gespräch
Herzliche Grüße Erich Honeckers mit Dank erwidert**



Jiang Zemin (links) begrüßt Günter Schabowski Foto: ADN-ZB/SPMA-Info

Peking (ADN/JW)
Der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Jiang Zemin, hat am Freitag in Peking Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen. Günter Schabowski überbrachte ihm zur Wahl in diese verantwortungsvolle Funktion die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker. Jiang Zemin erwiderte die Grüße ebenso herzlich und sagte, er erinnere sich gern an die Begegnung mit Generalsekretär Erich Honecker während dessen offiziellen Freundschaftsbesuches in China.

Jiang Zemin informierte seinen Gast über die 4. Tagung des ZK der KP Chinas sowie die Maßnahmen der Partei zur Stärkung ihrer Reihen, zur Verbesserung und Vertiefung der politisch-ideologischen Arbeit und zur Normalisierung der Situation. In diesem Zusammenhang würdigte er die solidarische Haltung der SED und der DDR gegenüber den Schritten der KP Chinas bei der Niederschlagung der Unruhen, die sich zu einem konterrevolutionären Aufbruch ausgeweitet hätten, und bei der Normalisierung der Lage. Er dankte für das tiefe Verständnis und die Unterstützung der DDR. In einer Zeit der Prüfung erkenne man seine wahren Freunde, sagte er. Mit Nachdruck wandte er sich gegen alle Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Am 14. Juli folgte ihnen Günter Schabowski, um den Dank des Generalsekretärs des ZK der KP Chinas Jiang Zemin mit den Worten „*In einer Zeit der Prüfung erkenne man seine wahren Freunde*“ entgegenzunehmen.³ Zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober reiste schließlich eine von Egon Krenz, in seiner Funktion als stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, geführte Regierungsdelegation nach China.

Ein Befürworter der „chinesischen Lösung“ war auch Gerhard Müller, 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt der SED. In seinem Schlusswort auf der Sitzung der Bezirksleitung am 5. Juli 1989 erklärte er:

„Wir sagen ganz deutlich, mit aller Konsequenz werden wir gegen Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht vorgehen. Eine ‚innere Opposition‘ in der DDR wird es nicht geben. Mit dem Film über die Ereignisse Anfang Juni in China, den wir im Fernsehen ausgestrahlt haben, ist für unsere Menschen deutlich geworden, dass in diesen Tagen die Konterrevolution versucht hat, den Sozialismus und die kommunistische Partei in China zu beseitigen. Das sollte zu einem Zeitpunkt ablaufen, wo der Sozialismus in der Welt durch den historischen Besuch Michail Gorbatschows in China erheblich an Kraft und Stärke gewonnen hat. Die Reaktion der KP Chinas auf die Konterrevolution war absolut richtig. Dass wir die Position der Führung der KP Chinas von Anfang an unterstützt haben, findet durch die chinesischen Genossen eine große Anerkennung. Wenn die Imperialisten heute über den Einsatz der Volksbefreiungsarmee heulen, zeigt das nur, dass sie empfindlich getroffen worden sind. Unseren Menschen muss man in diesem Zusammenhang an Hand geschichtlicher Tatsachen erläutern, dass der Imperialismus bis heute brutal seine bewaffnete Macht einsetzt, wenn es um seine Existenz geht.“⁴

In einer nicht vorgetragenen, wesentlich zynischeren Zweitfassung seines Schlusswortes wurde er noch konkreter:

„Wir glauben nicht, dass man in der DDR eine Konterrevolution wie in China niederschlagen muss, die paar Hanseln, die sich da in der Kirche

treffen, werden unseren Weg oder uns auf dem Weg nicht aufhalten [...] und wenn Leute glauben den Einsatz der Volksbefreiungsarmee in China kritisieren zu müssen oder mit Schmutz zu bewerfen, dann möchten wir sie daran erinnern, dass Tag für Tag vom imperialistischen Israel Palästinenser ermordet werden, dass in anderen Teilen der Welt, ob in Südafrika oder Chile, ähnliches geschieht. Also, sie sollen mal dort protestieren.“⁵

Und schließlich gab er sich als klarer Befürworter einer harten „chinesischen Lösung“ auch innerhalb der DDR zu erkennen:

„Und das zweite, was ich sagen muss, wir haben nie in Abrede gestellt die Anwendung der Gewalt. Wenn es um die Existenz des Sozialismus geht, wenn es um die Abwehr der konterrevolutionären Angriffe geht, ist auch die Gewalt ein legitimes Mittel. Das müssen wir wissen, und das muss der Gegner auch ganz genau wissen.“⁶



Reaktionen der Menschen in der DDR

Viele DDR-Bürger waren entsetzt über das gewaltsame Vorgehen der chinesischen Regierung und reagierten mit großer Betroffenheit auf die blutigen Geschehnisse. Mit Unverständnis und Ablehnung wurden die zustimmende Haltung der Partei- und Staatsführung sowie die einseitige Berichterstattung der DDR-Medien von den Menschen aufgenommen. Einzelpersonen wie auch Gruppen aus der ganzen DDR äußerten sich in zunächst spontanen, später auch organisierten Protestaktionen, die sowohl direkt an die Botschaft der Volksrepublik China in Ostberlin, als auch an Regierungsstellen, staatliche Institutionen und die Medien der DDR gerichtet waren. Dazu gehörten Telefonanrufe, Telegramme, Briefe, Unterschriftensammlungen, die versuchte persönliche Übergabe von Protestschreiben an die Botschaft, Plakataushänge, Schweigemärsche, Fastenaktionen und Protesttrommeln.

Kreisjugenarbeit Berlin-Lichtenberg

Berlin, den 14.6.89

Abkündigung zu den Gottesdiensten am 25.6.89

Wir befürchten, daß unsere innenpolitischen Konflikte den eigentlichen Schmerz um die Ereignisse in China verdecken könnten.

Ansichts dieser Tatsache haben wir uns veranlaßt, nach geeigneten Ausdrucksmöglichkeiten unserer Klage zu suchen.

Wir laden darum zu folgender Veranstaltung ein:

Einladung zum Trommelfasten

Mit einem Trommelfasten werden wir am Sonntag, den 25. Juni, um 19.00 Uhr bis Mittwoch, den 28. Juni, um 19.00 in der Erlöserkirche der Opfer der Gewalt in China gedenken. Mit einem dreitägigen Fasten solidarisieren wir uns mit den friedlichen chinesischen Studenten. 72 Stunden wird ununterbrochen eine Trommel geschlagen. Sie ist Zeichen unserer Klage zu Gott und eine Mahnung an alle Menschen.

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß militärische Gewaltanwendung nur Tote und Leid bringt.

- Wir beklagen den Einsatz militärischer Gewalt gegen die chinesische Bevölkerung.
- Wir beklagen die Opfer.
- Wir beklagen die Vollstreckung der ausgesprochenen Todesurteile.
- Wir rufen zu Gott und mahnen die Menschen zur Besinnung, damit nicht wieder Blut vergossen wird.

Wir laden alle ein: Mit uns zu beten, zu fasten, die Trommel zur Klage und Mahnung zu schlagen!
außerdem: Sonntag - Mittwoch 19.00 Uhr Andacht

Wir freuen uns, daß viele Glieder des Freundeskreises der Wehrdienstverweigerer unser Anliegen mittragen.

An den Leiter der
Botschaft der Volksrepublik China
in der DDR

Heinrich-Mann-Straße 9
Berlin

1110

Gewerkschaftsgruppe FTA
des Physikalisch-Technischen
Institutes der AdW der DDR

Helmholtzweg 4
Jena

6900

Stellungnahme der Gewerkschaftsgruppe FTA des Physikalisch-Technischen Instituts der AdW zu den Ereignissen in China
=====

Mit Bestürzung und tiefer Betroffenheit haben wir die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Teilen der chinesischen Bevölkerung und Einheiten der Volksbefreiungsarmee in Peking zur Kenntnis genommen.

Wir möchten hiermit unser Unverständnis kundtun, daß in der Volksrepublik China versucht wird, in unserer von allgemeiner Entspannung und den Bemühungen um Verständigung geprägten Zeit politische Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen.

Wir mißbilligen, daß eine Volksbefreiungsarmee gegen das eigene Volk eingesetzt wird. Dies widerspricht jeglichen Prinzipien des sozialistischen Zusammenlebens. Eine Lösung innerstaatlicher Konflikte darf nicht mit brutalen militärischen Mitteln erfolgen, sondern sollte grundsätzlich durch politische Verständigung geprägt sein.

7.6.1989

Die Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe der Abteilung FTA

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erfasste die Stimmung der Bevölkerung sehr ausführlich in ihren Tagesberichten:

„In den Schreiben wird unverändert zum Ausdruck gebracht, dass man sich von der Erklärung der Volkskammer der DDR zu den aktuellen Ereignissen in der VR China distanziert und sich in dieser Angelegenheit von der obersten Volksvertretung der DDR nicht vertreten fühlt.“⁷

„Den Medien der DDR wird nach wie vor angelastet, mit ihrer Berichterstattung die Vorgänge in der chinesischen Hauptstadt zu dulden, zu rechtfertigen, „ja gar zu verteidigen“. Mit der in ihren Medien publizierten Haltung isoliert sich die DDR von der Weltöffentlichkeit. Es wird gefordert, die „einseitige“ Lesart der Ereignisse zu beenden und eine Richtigstellung vorzunehmen. Erwartet wird eine ausführliche Information zum Inhalt der Forderungen der Demonstranten und zu den Gründen des politischen Konfliktes.“⁸

„Es wird u.a. angefragt, ob die Volkskammererklärung eine Art Freibrief für die Sicherheitskräfte der DDR sein soll, in einer ähnlichen Situation mit gleicher Brutalität vorzugehen.“⁹

„Entsprechend ihrer zum Teil verfestigten negativen Grundeinstellung versteigern sich die Schreiber zu Feststellungen wie: „Dass Sie Menschen Ihres eigenen Volkes ... an deren eigenem Blut ersticken lassen, stellt Sie in eine Reihe mit den verbrecherischen Regimen totalitärer Staaten dieser Erde.“¹⁰

„Überwiegend wird in sachlicher Art und Weise Zweifel, Betroffenheit, Befremden, Erschütterung bzw. Traurigkeit bezüglich des Vorgehens der chinesischen Armee zum Ausdruck gebracht.“¹¹

Herr Sch. aus Weimar, selbst ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung, äußerte in einem Protestschreiben neben weiteren 43 Unterzeichnern seine „Betroffenheit über brutales Einschreiten der Volksbefreiungsarmee. Entschiedener Protest gegen das unmenschliche und harte Vorgehen der Streitkräfte“.¹²

BSTU
0019

Leseladen Jena
6900 Jena
Johannisstraße 14

Jena den 5.6.1989

An die Botschaft der
Volksrepublik China
H.-Mann-Str. 9
Berlin 1110

Über einige der uns zur Verfügung stehenden Medien erhielten wir Kenntnis über die brutale Räumung des Platzes des himmlischen Friedens in Peking, bei der hunderte von Toten zu beklagen sind. Wenn die Berichte der Medien stimmen, dann sind wir der Meinung, daß ein solches Vorgehen nicht geeignet ist, den Sozialismus als zukunftsfruchtige Staatsform in die Herzen aller Menschen zu pflanzen.

Wir sind der Meinung, daß ein solches Vorgehen nur den Machtanspruch einer winzigen Minderheit aufrecht zu erhalten versucht. Wir sind der Meinung, daß die Befehlshaber dieser blutigen Aktion nur durch ihren Rücktritt, den Verzicht auf jegliche Machtstellung und dem beschließen ihres Lebens in Sack und Asche, einen winzigen Beitrag zur Sühnung dieses Verbrechens leisten können

Der Leseladen Jena

"Beim Aufschlagen des ND heute morgen sah ich eine Hauptüberschrift "Volksbefreiungsarmee Chinas schlug konterrevolutionären Aufruhr nieder". Und als ich den Artikel gelesen habe, dachte ich nur, wie kann ein Land seine Bürger so falsch informieren. Ich habe die Bilder von gestern im Fernsehen im Auge. Und da kann man nur noch einen Schreikampf kriegen, bei so viel Lüge. Laß mal dahingestellt, ob die Anliegen der Studenten gerechtfertigt waren oder nicht. Aber wenn ein sozialistisches Land, ein kommunistisches Land, so gegen seine Bürger vorgeht, kann ich an dieser Art von Regierung nur zweifeln. Die Verteidigungswaffen der Studenten waren, laut ND "Hieb- und Stichwaffen", damit gingen sie gegen die Panzer vor. Ich habe gesehen, und die Aufnahmen waren nicht gestellt oder zusammengeschnitten, wie Panzer einfach über die Menschen drübergefahren sind, wie die Soldaten auf fliehende Menschen geschossen haben, sie von hinten erschossen haben. Auch haben die Demonstrierenden einen steckengebliebenen Panzer gestürmt und die Besatzung ermordet oder Soldaten von Lastern geholt und erschlagen. Das ist aber sicher auch eine natürliche Gegenreaktion aus der Ohnmacht der Demonstrierenden heraus, die mit einer so plötzlichen und brutalen Aktion nicht gerechnet haben. Tatsache ist, es gibt zwischen 3000 und 5000 Tote, darunter Kinder, Frauen, schwangere Frauen. Die Leute wurden von ihren Fahrrädern runtergeschossen, sie liegen zu hunderten verwundet in Gefängnissen und bekommen keine medizinische Versorgung. Es ist erstaunlich, wie immer noch Filmmaterial hergestellt werden kann, unter diesen Umständen. Aber das ist auch gut so. Denn wenn man so einseitig informiert wird, wie bei uns, muß man glauben was gesagt wird. Und die Darstellung im ND ist, nach meiner Meinung, nicht fair."

In den Berichten des MfS finden sich jedoch auch Äußerungen, die das harte Vorgehen der chinesischen Regierung positiv bewerten:

Wir „beglückwünschen die chinesische Führung zur erfolgreichen Normalisierung der Ereignisse und drücken ihre Solidarität mit der Partei und dem Volke Chinas sowie den Angehörigen der Opfer auf Seiten der Volksbefreiungsarmee aus. Die Geduld der Parteiführung wird bewundert und die Demonstranten als eine kleine Minderheit, die die Errungenschaften des Volkes aufs Spiel setze, bezeichnet.“¹³

„Meine Frau und ich denken in diesen Tagen viel an Sie und Ihre Landsleute. Wir sind überzeugt, dass das chinesische Volk zusammen mit seiner Kommunistischen Partei die großen Probleme lösen wird. Wir wünschen dabei allen Erfolg!“¹⁴

„Herr B. drückt seine Bewunderung für die letzten 12 Jahre der Entwicklung in China aus; ein unsagbarer Verlust, wenn eine kleine Minderheit dies aufs Spiel setzen könnte.“¹⁵

„Die Volksmacht in China ist konsequent und fest geblieben, das ist ein großes Glück. Und sie wird Lehren ziehen. [...] Auf jeden Fall: In der DDR hätte es solchen Aufruhr wie in Peking nicht gegeben, gegen den Panzer eingesetzt werden mussten, das hätten unsere Kampfgruppen erledigt (ich weiß, wovon ich rede, ich war auch jahrzehntelang Kampfgruppenkämpfer!). Es gibt eine ganz bestimmte Sorte Menschen, die verstehen zuweilen nur die Sprache der Arbeiterfäuste. Aber viel besser ist, wenn das zuständige Ministerium, bevor es zum Aufruhr kommt, die Hintermänner ganz fest an der Gurgel fasst!“¹⁶

DDR-Bürger die persönlich an der chinesischen Botschaft vorsprechen wollten, wurden vom Wachkommando Missionschutz (WKM) grundsätzlich abgewiesen mit Auskünften wie „die Botschaft ist geschlossen“ oder „sie sollen telefonisch einen Termin vereinbaren“. Personengruppen, die sich mehrfach vor der Botschaft versammelten, wurden aufgefordert „den Sicherungsbereich zu verlassen“. Wer dem nicht nachkam wurde „zugeführt“, d. h. von der Volkspolizei vorübergehend inhaftiert, verhört und mit einem Ordnungsstrafverfahren (Geldstrafen zwischen 50 und 500 DDR-Mark) belegt.

Auszug aus MfS-Bericht über Reaktionen der Bevölkerung zu den aktuellen Ereignissen in der VR China:

„Durch unsere Dienst Einheit wurden bisher 63 Materialien an die Botschaft der VR China (48) und staatliche Einrichtungen der DDR (15) festgestellt, in denen das Vorgehen bewaffneter Kräfte in der chinesischen Hauptstadt verurteilt und eine friedliche, mit politischen Mitteln errungene Lösung des Konflikts sowie eine objektive Berichterstattung durch die DDR-Medien gefordert wird. Die Regierung der DDR wird unter häufiger Bezugnahme auf Bildberichte des BRD-Fernsehens aufgefordert, sich von dem „Massaker“ aufs schärfste zu distanzieren. Nach der Veröffentlichung der Volkskammererklärung zu den Ereignissen in der VR China ist mit verstärkten Protesten gegen die Haltung der DDR zu rechnen. [...] Die im Ergebnis der Volkskammertagung auf Linie M zu erwartenden Reaktionen werden in unserer Dienst Einheit zusammengefasst und in einem Bericht aufbereitet [...]“¹⁷

Auch die Abgabe von Briefen oder Unterschriftensammlungen direkt an der Botschaft wurde vielen Bürgern nicht ermöglicht, es wurde ihnen gesagt, sie sollten ihre „Briefe postalisch aufgeben“. Es erfolgten Personenidentifikationen über die Personalausweiskontrolle und die Autokennzeichenerfassung, zusätzlich wurde der Bereich vor der Botschaft von einer Observationsgruppe des MfS mit Videotechnik überwacht. Neben den Postsendungen unterlag auch die telefonische

Kontaktaufnahme zur Botschaft der Kontrolle durch das MfS. Bis zum 18. Juni war es zu 29 Abweisungen, 44 Zuführungen, 44 Telefonkontakten und 133 Briefsendungen gekommen.¹⁸ Für den Zeitraum vom 4. Juni bis 24. Juli wurden insgesamt 246 Postsendungen erfasst.¹⁹

Ev.-Luth. Kirchgemeinde
Am Gatter 2

Rudolstadt, den 22. 6. 1989

BSTU
0233

Rudolstadt

An die
Volkskammer d. Deutschen Demokratischen Republik

Berlin - Hauptstadt der DDR
1 0 1 0

E i n g a b e

Sehr geehrter Herr Volkskammerpräsident !

Wir haben die Erklärung der Volkskammer vom 8.6.1989 zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China mit Betroffenheit und Bestürzung zur Kenntnis genommen. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat darin die blutige Niederschlagung einer gewaltfreien Bewegung für mehr Demokratie gerechtfertigt.

Als christliche Bürger können wir das brutale Vorgehen der chinesischen Volksarmee, das den folgenden Aufstand der friedlichen Demonstranten provozierte, insbesondere aber auch die Vollstreckung von Todesurteilen in der Öffentlichkeit, nicht ohne Widerspruch hinnehmen.

Wir fühlen uns durch die Äußerungen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu den Vorgängen in China nicht vertreten.

Die Einschätzung der politischen Situation in China durch die DDR-Regierung und die öffentliche Berichterstattung darüber erfüllen uns mit tiefer Besorgnis.

Wir erwarten von den von uns gewählten Volksvertretern eine klare und eindeutige Stellungnahme in Form einer Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China.

Sollte die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik dem nicht entsprechen, werden wir uns öffentlich von der Erklärung der Volkskammer vom 8.6.1989 distanzieren.

Hochachtungsvoll

Superintendent

Pfarrer

Diakon

Protestaktionen in Jena

An der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena kam es im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tiananmen und den offiziellen Reaktionen in der DDR zu zwei miteinander in Beziehung stehenden Aktionen, die als freie öffentliche Meinungsäußerungen den Unmut über die Darstellungen in den DDR-Medien ausdrückten und eine Diskussion darüber in Gang setzen wollten.

Die Universitätsparteileitung (UPL) meldete an die SED-Kreisleitung Jena-Stadt: „Am 08. Juni 1989 hing von ca. 8.20 bis 8.50 Uhr ein Plakat im 4. OG des UHH [Universitätshochhaus] mit folgendem Text:

In Peking wurden Menschen
getötet, die friedlich protestierten
Nichts hören, nichts sehn
Schnell weiter gehn
Dreht Euch nicht um, der Plumpsack geht um.
Solidarität und Trauer.

Ines Geipel
Carla S.

Die Unterzeichnenden sind Studentinnen im 5. Studienjahr Diplom-Germanistik. Ines Geipel ist Mitglied der SED. Das Plakat wurde durch den Direktor der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaften entfernt. Mit beiden Studentinnen wird am Freitag, dem 9. Juni 1989 ein Gespräch am Tisch des Prorektors für Erziehung und Ausbildung [PR EA] geführt. Über das weitere Vorgehen wird gegenwärtig mit der GOL [Grundorganisationsleitung] Literatur- und Kunstwissenschaft und der staatlichen Leitung der Sektion beraten. Da das Plakat trotz der kurzen Aushangzeit öffentlichkeitswirksam wurde, hat die GOL und die Sektionsleitung die Erarbeitung eines Standpunktes veranlasst, der am Brett der Sektion ausgehängt wird.“²⁰

Am 9. Juni fand das Gespräch der beiden Studentinnen mit dem PR EA und dem Direktor der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaften statt. Darin wurden die beiden Studentinnen befragt, warum sie das Plakat ohne die Zustimmung des Sektionsdirektors ausgehängt hätten und warum sie nicht stattdessen eine FDJ-Veranstaltung unter staatlicher Leitung organisiert hätten. Die jungen Frauen begründeten ihre Aktion damit, dass sie eine Diskussion über die Ereignisse in China und die Berichterstattung in den DDR-Medien in Gang bringen wollten. Sie glaubten, dass so etwas doch nunmehr möglich sein müsse und zeigten sich frustriert darüber, dass es doch keine Veränderungen gegeben hatte.²¹

Der PR EA bewertete das Verhalten der Studentinnen mit folgenden Worten: Es kam nicht zum Ansatz einer politischen Einschätzung. Die Studentinnen ließen jedes klassenmäßige Herangehen vermissen. Ihr abstrakter Umgang mit Begriffen usw. lässt die Frage stellen, wo sie in der DDR als Germanisten wirken sollen.

Schließlich erschien sogar der stellvertretende Minister für Bildung aus Berlin zu einer persönlichen Aussprache mit den Studentinnen. Man wollte gegen sie ein Parteidisziplinarverfahren eröffnen. Auf einer Partei-Versammlung der Sektion Germanistik am 20. Juni 1989 entschieden sich allerdings 32 von 60 Abstimmenden gegen die Einleitung eines solchen Verfahrens. Dieses Abstimmungsergebnis musste die Universitätsparteileitung akzeptieren.²²

Auch zwei Studenten der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften im 4. Studienjahr reagierten auf die Ereignisse in China und die Berichterstattung der DDR-Medien. Die jungen Männer, beide vom Generalstaatsanwalt der DDR zum Studium delegiert und Mitglieder der SED, hatten einen Artikel aus der Süddeutschen Zeitung abgeschrieben und am 20. Juni 1989 an eine Informationstafel im Bereich der Literatur- und Kunstwissenschaften gehängt. Der mit ihren Namen unterzeichnete Aushang lautete wie folgt:

„Schweigen und Parolen – Trauer und Wut.

In diesen Tagen zeigte das staatliche chinesische Fernsehen Bilder von zum Tode verurteilten „Konterrevolutionären“. Mit von Misshandlungen gezeichneten Gesichtern, die Hände auf dem Rücken gefesselt, wurden sie, jeder ein großes Schild um den Hals hängend, auf dem ihre todeswürdigen Untaten geschrieben standen, dem öffentlichen Volkszorn vorgeführt. Bis jetzt sollen 11 Studenten, Arbeiter, Bauern (darunter eine Frau) dem Heiligtum politischer Mythen geopfert werden. Wie lange wird es dauern, bis man sie rehabilitieren wird? Soll mit ihnen das geopfert werden, wofür andere von ihnen freiwillig in den Tod gehen wollten?“²³

Die beiden Studenten wollten mit diesem Aushang Fakten und neue Argumente für die Partei-Versammlung liefern, in der über die Einleitung eines Parteidisziplinierungsverfahrens gegen Ines Geipel und Carla S. entschieden werden sollte. Bereits am nächsten Morgen wurde das Plakat abgehangen und die Universitätsparteileitung informiert.

Die SED-Bezirksverwaltung reagierte darauf wie folgt: „In dieser Stellungnahme – „Schweigen und Parolen – Trauer und Wut“ – wurde die Regierung der VR China diskreditiert und die Studenten als Märtyrer hingestellt. Seitens der Bezirksleitung der Partei ist vorgesehen, die beiden Studenten zu exmatrikulieren und zur Bewährung in die Praxis zu delegieren. Dazu soll am 27. 6. 1989 noch eine Abstimmung mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, die diese Studenten zum Studium delegiert hat, erfolgen. Des Weiteren soll gegen beide Studenten ein Parteiverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses eingeleitet werden.“²⁴

Nachdem die Universität den Generalstaatsanwalt über diese Aktion informiert hatte und eine disziplinarische Auseinandersetzung mit der Leitung der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften stattgefunden hatte, wurden parteierzieherische Maßnahmen gegen die beiden jungen Männer eingeleitet.²⁵ Für einen der Beiden war eine Praxisbewährung vor Aufnahme eines Forschungsstudiums vorgesehen. Ab September 1989 sollte er als Forschungsstudent an der Sektion eingesetzt werden.²⁶

In einem Buchauszug von Ines Geipel findet sich auch der Hinweis darauf, dass die beiden Studenten der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften schließlich doch noch ganz von der Universität exmatrikuliert wurden:

Die DDR in der Agonie und wir in der Schlussphase unseres Studiums. Das Land erstickte an seinen Chimären, und wir erstickten an seiner organischen Verlogenheit. Was sollte werden? Carla, die Freundin, und ich saßen in Jena an unseren Diplomarbeiten, als wir Mitte April 1989 die ersten Bilder von den Studenten auf dem Tiananmen-Platz in Peking sahen. Im DDR-Fernsehen sprach man von „verfassungsfeindlichen Elementen“ und „konterrevolutionären Mördern“. Wir switchten zur ARD. Die Sätze alarmierten. Hunderttausende Studenten, so alt wie wir, befanden sich in Hungerstreik. Gebannt verfolgten wir ab da, was sich auf dem Zentralen Platz in Peking ereignete. Wir sahen die Woche für Woche schwächer werdenden Studenten, die Glut in ihren Gesichtern, später die Panzer, das Blut. Wir starrten auf den Mann im weißen Hemd, der mit seinen Einkaufstaschen in der Hand auf dem endlos breiten Changan-Boulevard stand und für fünf, sechs Minuten 17 Panzer aufzuhalten vermochte.

Carla und ich redeten nicht lange. Wir knieten in meiner Wohnung auf dem Boden, malten ein Plakat und unterschrieben es. Der Text fiel denkbar knapp aus: „In Peking wurden Studenten getötet, die friedlich demonstrierten. Nichts hören, nichts sehen, weitergehen. Dreht Euch nicht um, der Plumpsack geht um. Solidarität und Trauer.“ Er war einem Gedicht der Lyrikerin Inge Müller entnommen, von der 1985 erstmals ein schmaler Band in der DDR erschienen war. Wir rollten unser Plakat zusammen, fuhren mit ihm in den Jenaer Uniturm und hängten es ans Informationsbrett des Literatur-Instituts im 22. Stock. Aus den Berichten der Staatssicherheit geht später hervor, dass das Plakat vom 6. 6. 1989 ganze 20 Minuten hängen durfte. Dann wurde es entfernt. Wir wurden einbestellt, zur Institutsleitung, zum Direktor für Erziehung und Ausbildung, zur Parteileitung der Universität, zum Rektor. Es musste viel geredet werden. Es ging um unsere Exmatrikulation.

Wir flogen nicht raus. Nicht mehr. Das verhinderten unsere Kommilitonen, die sich in der inszenierten Vollversammlung vehement für uns einsetzten, und das verhinderte Gorbatschow. Ende Juni hielten wir unsere Diplome in der Hand. Bereits im Herbst 1988 war Carla ein Forschungsstipendium bei den Theaterwissenschaftlern in Leipzig zugesprochen worden. Eine Notlösung, sie wollte zum Film. Aber immerhin war es erstmal was. Mit unseren Diplomen unterm Arm düsten wir ein letztes Mal die 22 Etagen in der Keksrolle runter. Im Fahrstuhl steckte uns ein Dozent leise zu, zwei Jurastudenten seien heute exmatrikuliert worden, weil sie uns unterstützt hätten. Ob wir das wüssten. Und auch wir sollten letztlich nicht einfach so davonkommen. Bei Carla lag Anfang August Post aus Leipzig im Briefkasten. Man teilte ihr mit, dass es für sie keine Stelle mehr gäbe. Begründung? Keine. Über mich hatte die Jenaer Sektionsleitung schon ein Jahr vorher herausgefunden, dass ich „politisch labil“ sei und mir mein ebenfalls Doktorandenstipendium entzogen. Nun hieß es, es werde nicht die ansonsten üblichen Arbeitsvermittlungen für mich geben.²⁷

Ines Geipel, Auszug aus „Generation Mauer. Ein Porträt“ (2014)

**ROSS
ni 1989
OLDA**

Am Tannengrund

Training:
9.00 Uhr

Sart:
1. Rennen
13.00 Uhr



ERSCHAFTSLAUF
klasse 125 cm GZ
ER LAUF bis 500 cm
ationaler Beteiligung

Erfurt
bauer



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT JENA
KULTURKOMMISSION
DER UNIVERSITÄTS-
GEWERKSCHAFTS-
LEITUNG

Karten bei



Peking (ADN).
Die Lage in Pe-
king hat sich weit
normalisiert. Das
fentliche Leben
tief ...

Bühnen

Tag	Ort	Programm	Uhrzeit
8. Donnerstag	GROSSES HAUS	Konzert für Freundschaftstag Peking Der Graf von Luxemburg	18.00 Uhr
9. Freitag	GROSSES HAUS	Schülerkonzert Der nächte Wahnsinn	19.00 Uhr 20.00 Uhr

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000002

In den Nachmittags- und Abendstunden des 28. 06. 1989 wurden im Stadtgebiet von Jena 14 Plakate im Format A3 festgestellt.

Auf diesen Plakaten ist mit schwarzer Farbe ein stilisierter Kopf mit asiatischem Einschlag dargestellt, um den ein Verband gewickelt ist. In Stirnhöhe ist mit roter Farbe ein Einschuß angebracht, aus dem Blut fließt, welches sich am unteren Rand des Plakates sammelt und über die Bildbreite verläuft.

In Höhe der nicht dargestellten Mundpartie ist schräg, nach rechts oben verlaufend, das Fragment eines sechszeiligen Zeitungsartikels in schwarzer Schrift angebracht mit dem Text

Peking (ADN)
Die Lage in Pe-
king hat sich weit
normalisiert, das Öff-
fentliche Leben
lief ...

Das Herstellungs- und Vervielfältigungsverfahren deutet auf Linolschnitt-Druck hin.

Es wurden umgehend im Zusammenwirken mit der DVP Maßnahmen zur Dokumentierung und Beseitigung der Öffentlichkeitswirksamkeit eingeleitet und realisiert.

Am 29. 06. 1989 wurde ein weiteres Plakat mit ähnlicher Darstellung an der Kirchentür der Kirche in Dornburg Krs. Jena-Land bei Pfarrer

██████████
Dornburg, ██████████
Mitglied des AKSK

festgestellt.

Im Zusammenwirken von Abteilung Inneres des Rates des Kreises Jena-Land und der Abteilung Kriminalpolizei des VPKA Jena wurden vor Ort in Dornburg Prüfungshandlungen und Dokumentationen des Sachverhaltes vorgenommen sowie das dortige Plakat entfernt und eingezogen.

Da Pfarrer ██████████ zur Handlungszeit nicht anwesend war, wurde über die Ehefrau veranlaßt, daß sich ██████████ mit der Abteilung Inneres diesbezüglich in Verbindung setzen soll. Hierbei lehnte ██████████ eine Aussprache ab und forderte provokativ das Plakat zurück, da es sein Eigentum sei.

Das Ministerium für Staatssicherheit stellte fest, dass die Plakate im Jenaer Stadtgebiet Kopien des Dornburger Plakates waren. Auch in Weimar wurden am 29. Juni 1989 solche öffentlich sichtbaren Plakate vom MfS abgenommen und sichergestellt.

Schon am nächsten Tag fand eine Beratung der Koordinierungsgruppe für Kirchenfragen beim Stellvertreter Inneres des Rates des Bezirkes Gera statt. Darin wurde klar ausgesprochen, dass Pfarrer O. als kirchlicher Amtsträger mit dieser Aktion die staatliche Ordnung gefährde und er zukünftig nicht mehr gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen dürfe.

Schon Anfang Juni 1989 war der Pfarrer O. ins Visier des MfS geraten, weil er verschiedene Protest-Plakate gegen das Vorgehen der chinesischen Regierung an der Gemeindekirche in Dorndorf angebracht hatte. Bereits damals hatte er erklärt, dass er sich in der Pflicht sähe, solche Dinge zu veröffentlichen und war erst nach einem Gespräch mit dem Superintendenten P. dazu bereit gewesen, den Aushang abzunehmen.

In einem anderen Fall konnte das MfS die Urheber ähnlicher Plakate nicht sofort ausfindig machen.

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000013

An 04. 06. 1989, gegen 00.30 Uhr, wurde durch Angehörige der Betriebswache des Universitäts-Hochhauses der FSU Jena ein Plakat festgestellt, welches an einer Säule zum Treppenaufgang am Uni-Hochhaus angebracht war.

Größe des Plakates: 20 x 61 cm, Ornamentpapier, weiß.
Text: "Wir trauern um China!"
Der Text wurde mittels schwarzer, das Wort "China" mittels roter Wasserfarbe aufgebracht, die Buchstabenhöhe beträgt 6 bis 8 cm.

Durch die Angehörigen der Betriebswache wurde das VPKA Jena verständig. Bei der darauffolgenden Suche wurden zwei weitere Plakate an den Häusern

Jena, Johannesplatz 22 und
Jena, Jenaergasse/Ecke Johannesstr. (Kinderkaufhaus)

festgestellt.

Die Plakate wurden entfernt und es wurden im Zusammenwirken der KD Jena mit dem VPKA Jena Maßnahmen zur Feststellung der Täter eingeleitet.

[Handwritten Signature]
Dangrieß
Generalmajor

Reaktionen in den Schriften der DDR-Opposition

In den Informationsblättern der kirchlichen und unabhängigen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen der DDR wurden die Ereignisse in China und die Reaktionen von Partei, Regierung und Medien der DDR ausführlich und kritisch reflektiert. Nur in diesen Untergrund-Zeitschriften konnten Protesterklärungen und -briefe, ebenso wie Berichte über Flugblatt- und Plakataktionen, Veranstaltungen, Demonstrationsversuche, Unterschriftensammlungen und ihre Folgen abgedruckt werden. Es erfolgte die Übernahme von Presseartikeln aus anderen sozialistischen „Bruderländern“ (Sowjetunion, Ungarn, Polen), wie auch aus Veröffentlichungen westlicher kommunistischer Parteien (SEW, DKP, KP Frankreichs). Deutlich wurden hierbei besonders die internationale Isolierung der SED und der DDR, selbst im eigenen sozialistischen Lager, und die immer größer werdende Distanz zu den reformorientierten Kräften um Michail Gorbatschow. Den neu eingeschlagenen Kurs des „Großen Bruders“ Sowjetunion nicht mitgehen wollend, sah sich die in ihren alten Herrschaftsstrukturen erstarrte SED gezwungen, nach neuen, starken Verbündeten Ausschau zu halten und glaubte einen solchen jetzt in China gefunden zu haben. Für die Opposition in der DDR ließ diese Haltung das Schlimmste befürchten – werden auch hier die Panzer wieder rollen?

Im Folgenden einige Auszüge aus verschiedenen Informationsblättern, die sich kritisch mit den Juni-Ereignissen in der VR China befassen:

Das „**Friedensnetz**“ herausgegeben von der Arbeitsgruppe Frieden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs brachte in seiner Ausgabe 3/89 zum Thema China unter anderem einen Nachdruck aus der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ vom 23.6.89 mit dem Titel „Hinrichtungen in China – Der Weg zurück?“. Hier heißt es: „Die öffentlichen Hinrichtungen in der Volksrepublik China lösen bei uns Kommunisten Entsetzen und Abscheu aus. Die blutige Kampagne ist durch keinerlei Hinweise auf konterrevolutionäre oder kriminelle Elemente zu rechtfertigen. Sie löst auch keines der drängenden sozialen Probleme

des Landes, sie verschärft sie nur. Wenn die chinesische Führung heute versucht, die Massenkundgebungen als konterrevolutionär inspiriert und organisiert hinzustellen, dann verbreitet sie die Unwahrheit. [...] Nun schlagen die Machthaber doch den Weg zurück ein. Mit Schauprozessen, Misshandlungen und Demütigungen der Häftlinge. Drakonische Strafen und jetzt mit Genickschüssen soll ein Klima erzeugt werden, in dem die Kräfte für demokratische Reformen erstarren sollen.“

In dem Quedlinburger Informationsblatt **„Brief aus der Haltestelle“**, das vom Evangelischen Jugendzentrum Haltestelle Quedlinburg herausgegeben wurde, findet sich in der Sommer-Ausgabe 1989, neben dem Abdruck einer Eingabe zu den Vorkommnissen in China an den Staatsrat der DDR, ein vierseitiger Artikel mit der Überschrift „Das Massaker auf dem Tiananmen-Platz. Eine Anklage eines Studenten, der mit dem Leben davon gekommen ist“, in dem aus der Sicht eines Betroffenen die Vorgänge auf dem Platz des Himmlischen Friedens geschildert werden: „Ich bin ein 20jähriger Student an der Qing-Hua Universität. Gestern Abend saß ich die ganze Zeit auf dem „Denkmal für die Helden der Revolution“. Ich war Zeuge des ganzen Vorganges, als die Truppen sowohl die friedlich versammelten Studenten wie auch andere Menschen auf diesem Platz niedergeschossen haben. Viele meiner Kommilitonen sind erschossen worden, und meine Kleidung ist von ihrem Blut befleckt. Als Augenzeuge möchte ich diese Vorgänge des Massakers an alle freiheitsliebenden Menschen auf dieser Welt weitergeben. [...] Die Soldaten verboten sogar den Krankenwagen vom Internationalen Roten Kreuz auf den Platz zu fahren, um den verletzten Bürgern und Studenten Hilfe zu leisten [...]. Ein Arzt [...] erzählt mir, dass auch ein Krankenwagen beschossen wurde, als er auf den Platz fuhr.“ Bei diesem Artikel handelte es sich um eine Übernahme aus der in Hongkong erscheinenden und von der kommunistischen Partei Chinas finanzierten Zeitung „Wen-Hui“ vom 5. Juni 1989, der in diesem Umfang auch in anderen Untergrund-Schriften wie den „Umweltblättern“, dem „Friedensnetz“, der „Arche Info“ und einem aktuellen Flugblatt der „Lausitzbotin“ veröffentlicht wurde und dadurch eine große Verbreitung fand.

Ab September 1986 gab die Umwelt-Bibliothek Berlin eine Untergrundzeitung mit dem Titel „**Umweltblätter. Info-Blatt des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde**“ heraus. Da innerkirchliche Publikationen ohne staatliche Erlaubnis gedruckt und verteilt werden durften, konnte sich diese Zeitung von Hand zu Hand verbreiten.

In der 14. Ausgabe der Umweltblätter vom Juli 1989 erschienen verschiedene Beiträge, die sich auf die Ereignisse in der VR China beziehen. Es finden sich unter anderem eine Protesterklärung der Umwelt-Bibliothek Berlin an die Botschaft der VR China, der auszugsweise Abdruck eines Briefes von in Westberlin studierenden Chinesen an die chinesische Botschaft in Bonn, sowie eine unterzeichnete Erklärung einiger Friedens-, Umwelt-, Menschenrechts-, Frauen- und Kirchengruppen aus unterschiedlichen DDR-Orten mit dem Aufruf zur Solidarität mit den demokratischen Kräften Chinas. In einem „PS. der Redaktion“, welches sich an den oben bereits genannten Artikel anschließt, in dem ein Student die erlebten Ereignisse schildert, werden ganz klare Worte zu Beiträgen des DDR-Fernsehens gefunden: „Bleibt noch etwas zu der unverschämten Fälschung der chinesischen Militärführung nachzutragen, die wiederholt im DDR Fernsehen zu sehen war. Die Technik ist bekannt: Verschiebung der Zeitverläufe, falsche Kommentierung, aus dem Kontext gerissene Bilder, Retusche. [...] Wir wissen von sowjetischen Journalisten, dass ein ähnlicher Film über die „konterrevolutionären Gruppen in der DDR“ bereitliegt und osteuropäischen Besuchern, die man für beeinflussbar hält, gezeigt wird. Es ist eine Unverschämtheit und Schande. [...] Wir haben eine solche Fülle von Erklärungen von DDR-Gruppen gegen die Massaker in China, dass wir in unserem Rahmen auf einen Abdruck verzichten müssen.“

Ein Bericht unter der Überschrift „China ist nicht fern“ liefert interessante Informationen über eine Protest-Aktion in Dresden und ihre Folgen: „Für Sonntag den 9. Juli von 15 bis 18 Uhr rief das „autonome Forum Dresden“ zu einem „Trommeln für Peking“ in der Dresdner Kreuzkirche auf. Zu diesem Zweck wurde die Kirche schlicht besetzt. Es zeigte sich übrigens, dass die Pfarrer nicht nur gute Miene zum bösen

Spiel machten, sondern sich für das Protesttrommeln erklärten. [...] Am Sonntag war dann der Altmarkt von einem massiven Polizeiaufgebot abgesperrt. Niemand wurde in die Kirche gelassen, nicht einmal kirchliche Mitarbeiter, was natürlich erst recht das Interesse auch unbeteiligter Passanten erregte. [...] Als um 18 Uhr das Trommeln für Peking beendet war, wurden 20 der Aktivisten beim Verlassen der Kirche von Volkspolizisten zur „Klärung eines Sachverhaltes“ festgenommen. Andere wurden am nächsten Tag von der Arbeitsstelle oder aus der Wohnung abgeholt. Von den ca. 40 Festgenommenen erhielten wegen „Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ nach jetziger Erkenntnis 13 Personen Ordnungsstrafen in Höhe von [...] insgesamt 11.300 Mark. [...] Während sich der Bezirksparteichef Dresdens im Westen als Reformler darstellt, nimmt Dresden hinsichtlich der Repression Andersdenkender schon sein Monaten den ersten Platz ein [...].“

Der Friedenskreis Friedrichsfelde veröffentlichte in seinem Informationsblatt „**Friedrichsfelder Feuermelder**“ vom Juni 1989 schon auf der Titelseite einen Offenen Brief an die Regierung der VR China. Auf den folgenden Seiten wurden unter dem Titel „Erschütterung und Empörung“ Erklärungen zu den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens von Georges Marchais und Rudolf Herzog (Führungsmitglieder der kommunistischen Partei Frankreichs) aus der kommunistischen Tageszeitung „L’Humanite“ vom 5. Juni übersetzt und abgedruckt. Georges Marchais: „Die Nachrichten über die Vorgänge in Peking rufen bei den französischen Kommunisten Erschütterung und Empörung hervor. Seit Beginn der Volksbewegung, die von der Bewegung der chinesischen Studenten begleitet wurde, haben wir öffentlich unseren Wunsch nach Erfüllung ihrer Forderungen ausgedrückt: wirtschaftliche Reformen und Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaft.“ Rudolf Herzog: „Ich bin tief betroffen durch das blutige Vorgehen der Armee und durch die zahlreichen Todesopfer. Ich möchte meine tiefe Missbilligung, Trauer und Empörung ausdrücken. Repression ist die schlechteste aller Methoden, sie hat noch nie ein Problem gelöst.“

In dieser Juni-Ausgabe findet sich außerdem ein Beitrag aus der Budapester Rundschau Nr. 24 vom 12. Juni in dem es heißt: „Ungarische Öffentlichkeit verurteilt Blutbad in Peking. Das in Peking durch Armeeeinheiten angerichtete Blutbad hat die Ungarische Bevölkerung regelrecht schockiert. [...] Vor der Chinesischen Botschaft fanden Protestdemonstrationen statt. Außenminister Gyula Horn zeigte sich in einer Rundfunksendung ob des tragischen Geschehens zutiefst erschüttert. [...] Staatsminister Imre Pozsgay, Mitglied des Politbüros der USAP, erklärte vor Journalisten, es müsse alles getan werden, damit keine einzige Macht der Welt zu solchen Mitteln greifen kann, wie sie auf dem Platz des Himmlischen Friedens angewendet wurden.“ Anschließend gab es noch eine kurze Meldung aus der DDR: „Nachdem die Berliner Rockband „Herbst in Peking“ bei einem Konzert am 10. Juni ihren Protest gegen das Blutbad in Peking durch eine Schweigeminute zum Ausdruck gebracht hatte, wurde ihr die Spielerlaubnis entzogen.“

friedrichsfelder

juni 89

Nur zur innerkirchlichen
Information

feuermelder



Berlin, 5.6.1989

OFFENER BRIEF

AN DIE REGIERUNG DER VR CHINA

Mit Mut, Trauer und Entsetzen vernahmen wir die Nachricht von dem Blutbad in den Straßen Pekings. Die Bilder erinnern uns an die Verbrechen der chinesischen Soldateska im September 1973.

Fassungslos fragen wir, wie eine Regierung, die sich kommunistisch nennt, den Befehl zu diesem Massenmord geben konnte. Wenn Panzer über wehrlose Menschen rollen, Frauen, Kinder und Männer durch Maschinengewehrsalven abgeschichtet werden und dies als "legale Maßnahme gegen Konterrevolutionäre" bezeichnet wird, ist das ungeheuerlich.

Voller Empörung verurteilen wir das Vorgehen der chinesi-

sehen Regierung, das wir als blutige Demonstration ihrer Macht gegen das eigene Volk werten müssen.

Unsere Solidarität gilt allen chinesischen Menschen, die seit Wochen beharrlich und gewaltfrei für ihre Forderungen eintreten.

Wir trauern mit ihnen um die Opfer, die das grausame Vorgehen von Tellen der chinesischen Volksbefreiungsarmee opfernd hat.

Wir teilen mit ihnen die Hoffnung, daß der Tod nicht eines einzigen Menschen sinnlos war.

Mitglieder des
Friedenskreises Friedrichsfelde
Berlin, DDR

INHALT

Protesterkklärungen - China	S. 1
Demo gegen Wahlfälschung	S. 4
Stalins Krieg gegen die Rote Armee	S. 7
Ingrid Strobl - § 129a	S.11
Krise in der evangelischen Jugendarbeit	S.15

Matthias Vernaldi: „Wenn ihr aufmuckt...“

Matthias Vernaldi, einer der Gründer der ersten Wohngemeinschaft in der DDR für behinderte und nicht behinderte Menschen in Hartroda positionierte sich gemeinsam mit anderen am 27. Juni 1989 in einem Brief an die Botschaft der VR China:

„Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen in Ihrem Land, der VR China, haben uns zutiefst betroffen gemacht. Es entsetzt uns, wie brutal die chinesische Volksbefreiungsarmee mit Panzern und Gewehren am Platz des himmlischen Friedens in Peking den Protest der Studenten und großer Teile der hauptstädtischen Bevölkerung niederschlug. Solche Menschenverachtung ist unentschuldig, zumal sich der Protest überwiegend gewaltlos und mit bewundernswerter Disziplin geäußert hat. [...] Die behauptete Konterrevolution lässt nicht übersehen, dass hier Panzer gegen Unbewaffnete fahren. Zudem fragen wir uns, was an den Forderungen der chinesischen Studenten konterrevolutionär gewesen war. [...] Die Schnellverfahren, die öffentlichen Hinrichtungen und die Aufrufe der Regierung zu Denunziation und Verrat demaskieren endgültig die wirklichen Konterrevolutionäre. [...] Wir sind beschämt darüber, mit welcher unverhohlenen Zustimmung die Medien unseres Staates, die erschreckenden Vorgänge in Ihrem Land übermitteln. Uns erscheint der Schulterschluss mit einer Regierung, die ihre Glaubwürdigkeit durch Terror und Inhumanität verloren hat, peinlich. Wir sehen uns dabei von unserer Regierung nicht repräsentiert. Deshalb bekunden wir Ihnen hiermit als Personen unseren Protest und unsere Solidaritätsbereitschaft mit den Opfern dieser Niederschlagung. [...]“²⁸

Im Frühjahr 1989 gehörte der Wandel, mit dem das Ende der DDR einherging, noch der Zukunft an. Ich fühlte mich wie viele meiner Freunde und Bekannten resigniert wie nie zuvor. Viele von ihnen hatten einen Ausreiseantrag. Als die Nachricht kam, dass Ungarn seine Grenzsicherungsanlagen zum Westen abbauen würde, war klar, dass sie noch in diesem Sommer versuchen würden, diesen Weg zu nutzen.

Wir nahmen an der öffentlichen Stimmenauszählung der Kommunalwahl am 4. Mai teil. Es gab nur etwas über 80 % Ja-Stimmen. Anders als bisher immer hatten wir an der Wahl teilgenommen und gültig mit Nein gestimmt. In der Leipziger Volkszeitung wurden dann Ergebnisse von fast 100 % veröffentlicht – genau wie erwartet.

Aus China jedoch gab es hoffnungsvolle Nachrichten. Studenten formulierten offen Kritik. Am 19. Mai fuhr die Regierung Panzer auf. Ich hatte sie noch nie am eigenen Leib zu spüren bekommen. Aber die Berichte der Eltern und Großeltern vom 17. Juni, die Bilder von Prag, die ich als Kind sah, hatten sich eingebrannt. „Wenn ihr aufmuckt, kommen die Panzer“, hatte Jürgen Fuchs in einem seiner ersten kurzen Prosatexte, die im hessischen Rundfunk gesendet wurden und die unter uns auf Kassette kursierten, geschrieben. Am 20. Mai die erlösende Nachricht: Die Pekinger hatten das Vordringen der Armee zu den Protestierenden verhindert! China machte Hoffnung.

14 Tage später die Katastrophe. Alle Ansätze von Veränderungen endeten im Sozialismus so. Würden demnächst die Panzer auch in Moskau auffahren, um Gorbatschow zu entmachten? Unsere Oberen schienen nur darauf zu warten. Die Volkskammer verabschiedete eine Resolution, welche die „Niederschlagung der konterrevolutionären Unruhen in China“ unterstützte. Es schien völlig klar wie unsere Machthaber auf breite Proteste reagieren würden.

Wir verfassten ein Protestschreiben, in welchem wir das Vorgehen der chinesischen Führung verurteilten und unsere Hoffnung auf Perestroika formulierten. Das schickten wir an die chinesische Botschaft in der DDR und als Eingabe an Erich Honecker. Der Illusion, dass solch ein Brief etwas bewirken könnte, gaben wir uns gar nicht erst hin. Aber wir brauchten das Gefühl, nicht zu schweigen. Sie hätten gesiegt, wenn wir die Klappe gehalten hätten – nicht nur in unseren Köpfen.

Matthias Vernaldi (2014)

Nachweise

- 1 u. a. Neues Deutschland vom 9. 6. 1989; Junge Welt vom 9. 6. 1989.
2 u. a. Neues Deutschland vom 9. 6. 1989; Junge Welt vom 10. / 11. 6. 1989.
3 Junge Welt vom 15. / 16. 7. 1989.
4; 5 HStA Weimar / BPA SED Erfurt / BL Erfurt AR 6823, zit. n. TLStU (Hrsg.):
„Wir können ja hier offen reden ...“, Erfurt 1997, S. 161ff.
6 HStA Weimar / BPA SED Erfurt / BL Erfurt 6244, zit. n. TLStU (Hrsg.):
„Wir können ja hier offen reden ...“, Erfurt 1997, S. 169.
7; 8; 9; 10; 13 Tagesberichte vom 16. - 19. 6. 1989, BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 25716.
11 Tagesinformation vom 10. 6. 1989, BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 41631, S. 18,
12; 14 BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 26978 Teil 1 von 2.
15 Tagesinformation vom 17. 6. 1989, BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 41631, S. 71.
16 Brief an chinesische Botschaft/BStU MfS-HA II/26978, Teil 1, S.121.
17 MfS HA II, Nr. 25.716, S. 37.
18 Tagesinformation vom 18. 6. 1989, BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 41631, S. 73.
19 Rapport vom 24. 7. 1989, BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 29757, S. 133.
20; 21 ThürAZ P-RJ-Reifarth K-01.05/34.
22; 23 Vgl. ThürAZ P-ST-Schieck/K-01.03, Tillmann Fichtner: Verlauf und Ergebnisse studentischer
Aktionen an der Friedrich-Schiller Universität Jena im Zeitraum
Sommer 1988 – Winter 1989, S. 17.
24 BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA XX Nr. 24095, S. 9.
25; 26 Vgl. Sofortmeldung Nr. 46/89, BStU Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera – KD Gera 4802.
27 Ines Geipel, Schriftstellerin aus Berlin, publiziert zu Themen wie Doping, Amok,
Jugendgewalt oder unveröffentlichter Literatur in der DDR.
28 BStU Archiv der Zentralstelle MfS HA II Nr. 26978 Teil 2 von 2, S. 236ff.

Abb. Seite 5: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/32/Zhenglianjie_Tiananmen.jpg?uselang=de; 23.05.2014. Urheber Bild: Zhenglianjie Tiananmen CC BY-SA 3.0.

Abb. Seite 8: BStU Außenstelle Gera, BV Gera Büro der Leitung 1179 S. 3 f.

Abb. Seite 9: Volkswacht vom 6.6. 1989, S.4.

Abb. Seite 11: Junge Welt vom 15./16.7. 1989

Abb. Seite 13: 1989. Ausgewählte Presseartikel, zusammengestellt vom BSV Landesverband Thüringen.

Abb. Seite 14: Umweltblätter Nr. 14, Juli 1989,S. 48.

Abb. Seite 15;

17;21: BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 26624,

Abb. Seite 18: BStU MfS Archiv der Zentralstelle HA II Nr. 25.716k, S. 38.

Abb. Seite 27: ThürAZ, Sammlung Ulf Launhardt, Fotograf: Ulf Launhardt, Sg.: P-LU-F-054.

Abb. Seite 28: BStU BV Gera AKG PI 160/89, S. 2.

Abb. Seite 29: BStU MfS Zentralarchiv ZAIG Nr. 15786, S.13.

Abb. Seite 35: Friedrichsfelder Feuermelder Juni 1989, S.1.

